

Der Nahe Osten zwischen Modernisierung und Tradition

Auf den Tag genau drei Jahre nach dem Aufstand gegen den ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak wurde an der vierten Forumsveranstaltung zum Thema «Der Nahe Osten zwischen Modernisierung und Tradition» ein Blick auf die arabischen Revolten geworfen. Im Fokus standen vor allem Ägypten und die Türkei.

Die arabische Revolution hat den Nahen Osten politisch und wirtschaftlich umgestaltet. Der Islamexperte Prof. Reinhard Schulze der Universität Bern hat seinen Blick aber vor allem auf die sich wandelnde gesellschaftliche Ordnung geworfen – weil sich hierbei die arabische von anderen Revolutionen grundlegend unterscheidet. Dabei ging er auf die Beziehung von Werten und Normen ein, die sich im Nahen Osten geändert habe. Unter Werten versteht Schulze im Sinne der klassischen Soziologie «moralisch als gut erachtete Orientierungslinien, welche die Grundlage für die Ausformulierung allgemein gültiger Regeln des Handelns bilden». Normen hingegen bezeichnet er als «Verhaltensforderungen der sozialen Umwelt, wobei die Richtigkeit einer Norm durch das moralisch Gute des Wertes begründet wird». Die Werte einer modernen Gesellschaft sind also die Grundlage für die gesetzlich verankerten Normen. Gleichzeitig wird die Wertepluralität durch eine allgemein gültige Ordnung auf einen gemeinsamen Nenner gebracht. «Die arabischen Revolten», so die These Schulzes, «bildeten einen Prozess ab, der zu einer Entflechtung dieser Werte-Normen-Ordnung führte.» Der Staat definiere heute nicht mehr die Gesellschaft, sondern umgekehrt, was meint: Die Menschen im Nahen Osten folgen nicht mehr allgemeinen Regeln, sondern einer individuellen Werteordnung. «Die arabischen Revolten haben die Revolution vergesellschaftet», brachte es Schulze auf den Punkt.

Beispiel Ägypten

Als konkretes Beispiel wurde Ägypten hinzugezogen. Auch hier sei diese Änderung der Werte- und Normenordnung deutlich geworden: «Revolutionär an den Revolten in Ägypten war, dass das Volk die Pluralität einer Wertegemeinschaft anerkannt und sich der Staatshoheit entzogen hat», so Schulze. Ziel sei es gewesen, die Vielfältigkeit der Werte anzuerkennen und somit der «alten» einheitlichen Ordnung, die unter Mubarak in der Republik Ägypten zumindest gegen aussen geherrscht habe, den Rücken zu kehren. Doch auch der gewählte Präsident Mursi wurde im Sommer 2013 entmachtet, weil die Regierung nicht in der Lage war, einen gesellschaftlichen Konsens zu schaffen: «Die Muslimbrüder versuchten, gewichtige Teile ihrer Wertorientierung als Normen festzuschreiben und einige Punkte sogar in die Verfassung aufzunehmen», so Schulze. Dies habe der grundlegenden Idee der Revoltenträger widersprochen. Weiter habe der Sturz Mursis angedeutet, dass man einen gesellschaftlichen Zusammenhalt alleine über Werte nicht erreichen könne. Offen bleibt: Wie lässt sich eine solch heterogene Gesellschaft wie Ägypten anders ordnen?

Die Pluralität findet keinen Konsens

«In Ägypten herrscht heute eine grosse Pluralität, die einen Konsens sehr schwierig macht», war auch die schweizerisch-ägyptische Publizistin Jasmin El-Sonbati der Meinung. Als Aktivistin hat sie miterlebt, wie am 25. Januar 2011 das ägyptische Volk seinen Präsidenten Mubarak stürzte, wie auch Mursi letzten Sommer scheiterte und wie seither das Militär unter General al-Sisi regiert. Anhand von konkreten Beispielen aus der ägyptischen Presse, dem Fernsehen und den sozialen Medien zeigte sie auf, wie sich in Ägypten die Fronten verhärtet haben, und gab zu bedenken: «Ein kritischer und vernunftorientierter Dialog ist schwierig geworden.» Islamische TV-Sender, welche seit dem Militärputsch grösstenteils geschlossen worden seien, stellten sich beispielsweise eher auf die Seite der Muslimbrüder, dagegen bezeichneten private Sender die Mitglieder der Bruderschaft als Terroristen. «Eine Meinungsvielfalt ist durch die privaten Sender praktisch unmöglich geworden»,

beklagte El-Sonbati. Dabei gewinne das Militär stetig an Macht und Zuspruch. Man schrecke nicht einmal davor zurück, Kinder öffentlich Parolen für General al-Sisi sprechen zu lassen. Die Spaltung im Volk verdeutliche sich zudem durch die Generationenfrage: «Die älteren Menschen sehnen sich nach Stabilität und wollen die alte Ordnung zurück. Die Jüngeren hingegen haben sich neue Lebenswelten geschaffen und wollen Veränderung.» Eine Prognose, in welche Richtung sich Ägypten entwickeln könnte, wagte aber auch El-Sonbati nicht.

«Zwischen der Regierung und der Opposition hat sich eine tiefe Kluft gebildet»

Ähnlich wage gab sich auch Amalia van Gent bezüglich der Zukunft der Türkei. Die ehemalige NZZ-Korrespondentin, die über 30 Jahre aus Istanbul berichtet hatte, warf einen Blick auf ihr Heimatland und konzentrierte sich vor allem auf die Entwicklungen des letzten halben Jahres. «Das Tempo der Veränderungen in der Türkei ist enorm», konstatierte sie. Ausdruck für diesen Wandel seien die Revolten in Istanbul, die im Juni des letzten Jahres eine Bewegung ausgelöst hätten. «Junge Demonstranten hatten gegen ein geplantes Kaufhaus im Gezi-Park protestiert, worauf der Ministerpräsident Erdogan den Platz gewaltsam räumen liess», so van Gent. Die Folge war: Proteste in mehreren türkischen Grossstädten gegen die als autoritär empfundene Politik der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung). Erdogan hätte mit Vorwürfen des Vaterlandsverrats reagiert und Demonstrierenden wütend gestimmt. «Die Protestierenden sahen sich nicht als Verräter, sondern fürchteten um ihre individuellen Freiheiten, da Erdogan zuvor mehrere rückschrittliche Reformen eingeführt hatte», erklärte van Gent. Die Gezi-Bewegung, die über 3,5 Millionen Anhänger zählte – wobei die Hälfte davon Frauen und Intellektuelle waren – habe im ganzen Land eine Welle der Solidarisierung ausgelöst. «Die Regierung hat hart durchgegriffen und zahlreiche Verhaftung auch unter Anwendung von Gewalt veranlasst», so van Gent. Als die Gezi-Welle schliesslich abgeflaut sei, habe man eine zerrissene Gesellschaft vorgefunden: «Zwischen der türkischen Regierung und ihren Gegnern hat sich eine tiefe unüberwindbare Kluft gebildet, die sich heute noch durch alle Gesellschaftsschichten zieht», so die Journalistin. Dieser Graben mache sich auch in anderen Bereichen bemerkbar: Zwischen den Säkularisten und den Islamisten, aber auch zwischen den Sunniten und den Aleviten.» Letztere seien bei der Gezi-Bewegung auffällig präsent gewesen, da sie sich in Erdogans Politik benachteiligt fühlten. «Wir sind eine tief gespaltene Gesellschaft geworden», doppelte van Gent nach. Trotzdem stimmten sie jüngste Entwicklungen und damit verbundene Abgänge aus der Regierungspartei optimistisch. Van Gent ist überzeugt: «Die Türkei kann eine Gesellschaft werden, die den Pluralismus nicht scheut und ihre Gräben zu überbrücken vermag.»

Die Lehren aus dem arabischen Frühling

Gegen Ende der Veranstaltung lenkte der Diskussionsleiter Artur K. Vogel, Chefredaktor von Der Bund, das Gespräch auf die gerade laufende Syrienkonferenz. Doch auf seine Frage nach einer möglichen Lösung dieses Konflikts wussten die Diskutanten keine Antwort. Man war sich einig, dass das Ziel der Konferenz vor allem ein offenes Gespräch und die Schaffung einer gemeinsamen Basis sein müsse. «Meine Hoffnung ist, dass durch ein ausgeglichenes Dialogprinzip zwischen dem Regime und der Opposition eine Rationalisierung des Problems stattfinden kann», so Schulze. Was können wir nun in Europa aus diesen komplexen Konflikten und Revolten im Nahen Osten lernen? «Ein sorgfältiger Umgang mit der Demokratie und die Bereitschaft, sich für seine Mitmenschen zu engagieren», so der allgemeine Tenor, den El-Sonbati auf den Punkt brachte. Schulze knüpfte daran an und spannte den Bogen zur eingangs aufgegriffenen sozialen Ordnung von Gesellschaften: «Eine Gesellschaft lebt von der Partizipation, ohne diese kann sie nicht existieren. Sie muss sich am Aufbau ihrer Lebenswelt beteiligen.» Eine solche Partizipation müsse man von Kind auf lernen, zuerst im Kleinen und dann im Grossen wie es in der Schweiz durch den Föderalismus ermöglicht werde. Indem Kompetenzen den kleineren Gebilden zugewiesen würden, lerne man schrittweise mitzubestimmen: zuerst auf der Ebene der Gemeinde, dann des Kantons und schliesslich des Bundes. Problematisch sei allerdings, wenn eine soziale Integration über Werte vollzogen werde – dies habe der arabische Frühling verdeutlicht. «Eine soziale Integration über geteilte Normen, das heisst über gesellschaftlich ausgehandelte Regeln, ist wohl das Optimum», so Schulzes Fazit.